Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nummer 5382 des amtlichen Zeitungs-Verzeichnisses.

Für die Redaktion verantwortlich J. V.: Albert Herling in Halle.

[Fernsprechverbindung mit Berlin und Leipzig.] Anschluß-Nr. 176.

Saale-Zeitung.

(Der Bote für das Saalthal.)

Fünfundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pfg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen.

[Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 82. **Halle a. d. Saale, Donnerstag den 9. April** **1891.**

Steuerreform.

Alle Mittel müssen für die Agrarier herhalten, um gegen den deutsch-österreichischen Handelsvertrag Stimmung zu machen. Eigentlich haben wir uns doch gewundert, daß einer der Einwände gegen die Herabsetzung der Getreidezölle, der wenigstens den Schein einer gewissen Beweiskraft hat, so spät erst erhoben worden ist. Wir meinen die Geltendmachung der Bedenken, daß eine Verringerung der Einnahmen aus den landwirthschaftlichen Zöllen die Finanzwirthschaft des Reichs und der Einzelstaaten in neue Verwirrung bringen könnte. Das Versäumte ist nun inzwischen auch glücklich nachgeholt worden, und unter den Argumenten gegen den Handelsvertrag stellt sich seit einiger Zeit mit eintöniger Regelmäßigkeit die gutgespielte Besorgniß ein, daß die Steuerzahler die Kosten der Getreidezollreform mit schweren Zinsen werden zahlen müssen. Die „Post" hat vor Kurzem ausgerechnet, welche Nachtheile schon allein die preußischen Kreise durch die Mindereinnahmen aus den Getreidezöllen zu erwarten haben werden. Die Rechnung ist kaum anfechtbar. In der That werden die Beträge, die den Kreisen aus der lex Huene zufließen, durch die Zollreform um mehr als die Hälfte kleiner werden, und wenn nichts Weiteres geschähe, um dieser Kalamität auf andere und zweckmäßigere Weise vorzubeugen, dann hätten die Agrarier scheinbar recht mit ihren Klagen. Indessen hat wohl kein Vernünftiger erwartet, daß die Herabsetzung der Getreidezölle eine isolirte Maßregel sein werde, deren für den Augenblick unliebsame Folgen ebenso wie ihre nützlichen Ergebnisse einfach hingenommen werden müßten.

In allen urtheilsfähigen Kreisen, innerhalb der Parteien und der einsichtsvollen öffentlichen Meinung eben so gut wie in der Regierung, ist man sich von jeher einig darüber gewesen, daß mit der Herabsetzung der landwirthschaftlichen Zölle gleichzeitig ein ganzes großes System nicht blos der Wirthschafts-, sondern auch der Finanzpolitik angeschnitten wird. Der erste Schritt muß viele weitere Schritte zur unbedingten Konsequenz haben. Darum auch kann man den Agrariern nicht Unrecht geben, wenn sie auf die wohlwollende Vorhaltung, daß die Herabsetzung der Getreidezölle auf 3½ M. doch immer noch einen höheren Satz als den bis 1887 geltenden bedeute, besorgt und entrüstet erwidern, es käme nicht auf den Zollsatz, sondern auf das Prinzip an, und es sei ein Eingriff in die Grundlagen unserer gesammten Wirthschafts-, Zoll- und Finanzpolitik in Vorbereitung. In Wahrheit steht es so, wie die Agrarier es darstellen, und der Unterschied zwischen uns und ihnen ist nur, daß wir uns der Aenderung freuen, während jene sie beklagen. Der Unterschied ist aber auch der, daß wir gewiß sind, die nothwendige und unvermeidliche Reform werde am letzten Ende den landwirthschaftlichen Interessen ebensoviel Nutzen bringen wie deren der Allgemeinheit. Das Uebergangsstadium mag seine Unbequemlichkeiten haben, wir wollen es gern zugeben, aber das Ziel ist ein solches, daß alle Wirthschaftsinteressen dabei vortrefflich werden bestehen und gedeihen können.

Freilich kommt alles auf den Geist an, in welchem die Reform der Finanzwirthschaft des Reiches und der Einzelstaaten im Anschluß an die Herabsetzung der Getreidezölle gedacht werden wird. Vergegenwärtigen wir uns zunächst einmal die Situation: die Ermäßigung der Zölle wird in den Reichseinnahmen als ein starkes Minus zum Ausdruck kommen. Zwar hat Herr v. Maltzahn vor kaum einem Jahre erklärt, er könne nichts von den Erträgen der Wirthschaftszölle im Reichsetat entbehren, aber trotz dieser Erklärung wird die Verringerung der Einnahmen durch den Tarifvertrag mit Oesterreich-Ungarn und durch die ferner sich anschließenden Tarifverträge mit anderen Staaten eine Thatsache werden, die die verbündeten Regierungen und also wohl auch den Reichsschatzsekretär nicht abgeschreckt hat, in jene Verhandlungen einzutreten und sie positiv durchzuführen. Das Reich als solches kennt bekanntlich kein Defizit, weil, was an der Balancirung der Ausgaben durch die Einnahmen etwa fehlen sollte, durch die Matrikularbeiträge der Einzelstaaten pro rata ihrer Leistungsfähigkeit gedeckt wird. Der Schwerpunkt der Verlegenheiten fällt also, wenn auf eine direkte Reichssteuerreform verzichtet werden sollte, in diese Einzelstaaten.

Zwei Wege also stehen offen: Entweder erhöht das Reich seine eigenen Einnahmen zur Begleichung des Ausfalls an den landwirthschaftlichen Zöllen, oder die Einzelstaaten suchen neue Wege der Reform der direkten Steuern. In ersterer Beziehung sind wir nun aber noch lange nicht am Ende der Möglichkeiten für eine Vermehrung der Reichseinnahmen angelangt. Wir wollen die Frage einer Reichseinkommensteuer hierbei ganz aus dem Spiel lassen. So wünschenswerth eine solche Steuer sein mag, so stehen ihrer Durchführung für jetzt Schwierigkeiten entgegen, die beinahe unüberwindlich scheinen. Die Mittel- und Kleinstaaten erblicken in einer Reichseinkommensteuer eine Beeinträchtigung ihrer Souveränetät, und die Mehrheit des Reichstags denkt ebenso. Indessen ist es gar nicht nöthig, auf so weitausschauende Projekte einzugehen. Das Reich hat vielmehr in den, seiner steuerpolitischen Gesetzgebung unterworfenen Objekten noch sehr starke Reserven, bei denen es keine verfassungsmäßigen Bedenken geben kann. Gerade jetzt ist der Reichstag dabei, eine dieser Reserven zu erschließen, nämlich die der Zuckersteuerreform. Leider aber wird bei dieser Reform so gut wie nichts herauskommen, wenn die verbündeten Regierungen nicht noch in letzter Stunde einen verstärkten Druck auf die widerstrebenden Klasseninteressen der Zuckerfabrikanten und ihrer parlamentarischen Wortführer ausüben. Schon die Zuckersteuervorlage der verbündeten Regierungen ist nur eine Abschlagszahlung an die Forderungen, die berechtigterweise in Bezug auf dieses Steuerobjekt, dessen Einträglichkeit beinahe ungemessen ist, erhoben werden können. Ein nicht weniger einträgliches Objekt bietet sich in der Branntweinsteuer dar, deren letzte Reform eine halbe und Inhme gewesen ist, und die, wenn das berühmte Vierzig-Millionen-Geschenk an die Brenner fortfiele, allein schon genügen würde, um den wahrscheinlichen Ausfall an Getreidezöllen zu decken.

Entweder Hand in Hand mit derartigen Reformen der indirekten Steuern im Reiche oder selbständig und ohne Rücksicht auf das Reich müssen die direkten Steuern in den Einzelstaaten, vor allem in Preußen, auf neue Grundlagen gestellt werden. Die Miquel'schen Reformgesetze zeigen bisher erst einen Theil des Weges, der einzuschlagen ist. In welcher Weise die preußische Steuergesetzgebung das Problem der Kommunalbesteuerung lösen will, ist noch völlig dunkel. Herr v. Caprivi hat zwar von dem „großartigen" Plane des Finanzministers in Bezug auf die Kommunalsteuerreform gesprochen, aber wir sind nicht in der Lage, sein Urtheil zu bestätigen oder zu berichtigen, weil niemand bisher diese umfangreichen Pläne kennt. — —

Deutsches Reich.

* **Berlin,** 7. April. Se. Maj. der Kaiser wird morgen nachmittag ½1 Uhr Kiel wieder verlassen und mittels Sonderzuges etwa um 6 Uhr abends wieder in Berlin eintreffen. — Die Kaiserin begab sich gestern nachmittag zu Wagen nach dem Kultusministerium. Unter den Linden und verweilte daselbst längere Zeit in dem unter dem Schutze Ihrer Maj. eingerichteten Bazar, welcher den nothleidenden Handwebern Schlesiens einen gesicherten Absatz ihrer Erzeugnisse erschließen und zugleich den Hausindustrie-Erzeugnissen der Zweigvereine des Vaterländischen Frauenvereins einen erweiterten Markt verschaffen soll. Später wohnte die Kaiserin einer Delegirtenversammlung des Vaterländischen Frauenvereins in der Kriegsakademie bei. Heute vormittag 11 Uhr fand im Saale der Singakademie eine Hauptversammlung des Vaterländischen Frauenvereins statt, welcher die Kaiserin von Anfang bis zum Schluß beiwohnte. Nach dem Schlosse zurückgekehrt, ertheilte Ihre Majestät mehrere Audienzen und empfing einige Besuche. — Der Kronprinz und die jüngeren kaiserlichen Prinzen unternahmen heute vormittag in Begleitung ihres Civil-Gouverneurs wieder eine Spazierfahrt durch den Thiergarten und Umgegend. — Die Kaiserin Friedrich wohnte gestern in London einem Meeting der englischen Mädchenunterstützungsvereine in Nord- und Mittel-Europa bei. Zweck des Meetings war, ein größeres Publikum mit den Arbeiten der Vereine bekannt zu machen und die Unterstützung der von ihnen ausgehenden Unternehmungen zu sichern. Der Bischof von London hielt eine Rede, in welcher er die bisher erzielten Ergebnisse in Deutschland, Frankreich, Rußland, Belgien, Skandinavien und in den Niederlanden pries und der Kaiserin für ihren Besuch dankte. Am Freitag trifft die Kaiserin in Bonn ein, woselbst sie vier Tage bei dem Prinzich Schaumburgischen Paare zu Besuch weilen wird.

Berlin, 7. April. Wie wenig die Staatsregierung geneigt ist, mit dem Welfenfonds als geheime Dispositionsquelle endlich tabula rasa zu machen, ist am besten aus der letzten Aeußerung des Reichsanzeigers ersichtlich. Im Grunde genommen soll alles beim Alten bleiben. Schon im vorigen Herbst, als diese heikle Frage in der Tagespresse eine lebhafte Erörterung erfuhr, konnte das an dieser Stelle wiederholt vorausgesagt werden. Weder General v. Caprivi, welcher ohne die geheimen Fonds auch nicht fertig wird, noch Herr Miquel sind geneigt, durch ein besonderes Gesetz diese goldene Krippe ganz zu verschließen. Beide werden sich nur mit einer formellen Aenderung des Gesetzes über den Welfenfonds begnügen. Unter allen Umständen ist aber eine wesentliche Erhöhung des geheimen Dispositionsfonds vorgesehen, und darf man darüber in der Kammer außerordentlich interessanten Erörterungen entgegensehen. Inzwischen wird zur Abwechslung wieder einmal behauptet, der Reichskanzler plane in Bezug darauf die Aufhebung der sog. politischen Polizei, welche wieder mit der Kriminalabtheilung verschmolzen werden würde. Selbstverständlich verdient diese Ausstreuung keinen Glauben. Bekanntlich ist gerade diese Behörde, welche vom Ministerium des Innern und dem Auswärtigen Amt zugleich ressortirt, zur „Abwehr reichsfeindlicher Unternehmungen" bestimmt. Durch ihre Auflösung würde der Reichskanzler also im Prinzip zugestehen, daß es einer solchen Abwehr heute überhaupt nicht mehr benöthigt, woraus sich die gänzliche Beseitigung des Welfenfonds dann von selbst ergeben würde. Ebensowenig wie er an die Unterdrückung des Literarischen Bureaus im Staatsministerium denkt, ebensowenig wird er zur Auflösung der sog. Staatspolizei schreiten. Man gebe sich demnach über die wahre Natur der neuen Vorlage keinerlei Illusionen hin. Wenn anders, würde man sich unzweifelhaft schweren Enttäuschungen aussetzen. Außerdem sollte man nicht vergessen, daß dieselbe erst für die nächste Session, also für den Winter geplant wird. Bis dahin aber kann sich in der Wilhelmstraße noch manches ändern, was für das Zustandekommen der Vorlage vielleicht entscheidend wäre.

⁂ **Berlin,** 7. April. Die von Jules Ferry inspirirte „Estafette" glaubt versichern zu dürfen, daß man am Quai d'Orsay an die angebliche Versetzung Herrn Herbette's nach Wien ebensowenig denkt wie an seine anderweitige Verwendung überhaupt. Dasselbe Blatt bestreitet auch, daß die Anwesenheit des Herrn de Montebello zu diesen Gerüchten in irgend welcher Beziehung stünde.

Die Morphiumsucht.

Von Dr Jules Rochard in Brüssel.

Als man vor einigen Jahren die Fortschritte dieser Vergiftungsart in allen civilisirten Ländern anerkannte, sprach ich den Gedanken aus, daß dieselbe eines Tages ebenso gefährlich wie der Alkoholismus werden würde. In früheren Zeiten begegnete man der Morphiumsucht nur in den besseren Gesellschaftskreisen; nur Aerzte und deren Assistenten kannten sie. Heute werden Dienstboten und Arbeiter in die Spitäler verbracht, die sich dieser Krankheit ergeben haben. Diese Kranken, welche das Verführerische des Morphiums kennen, klagen fürchterlich, schützen Schmerzen vor oder übertreiben dieselben, wenn sie wirklich welche empfinden, nur um von dem Arzte ihrer Abtheilung eine Einspritzung zu erhalten oder um eine Wiederholung derselben herbeizuführen.

In Amerika schätzt man die Menge Morphium, welche dort jährlich verbraucht wird, auf 25,000 kg, wovon höchstens der fünfte Theil durch die Aerzte verordnet wird. Diese kolossale Ziffer scheint mir sehr übertrieben zu sein. Sie würde eine unglaubliche Zahl von Morphiumsüchtigen voraussetzen lassen; aber welche Abstriche man auch an der angegebenen Zahl machen will, um sie der Wahrheit näher zu bringen, so zeigt sie immerhin einen erschreckenden Verbrauch an.

In Deutschland zählt man nach Dr Landowsky viel mehr Morphium-Anhänger wie in Frankreich; besonders in der Armee soll es deren sehr viele geben. Es scheint, daß in Paris spezielle Anstalten bestehen, in denen man sich Morphium-Einspritzungen kann machen lassen, so wird wenigstens in einem neuen Werke von Dr Schmidt in Wiesbaden behauptet. Diese Etablissements wurden durch einen reichen Ungar, welcher das Glück hatte, in eines derselben eindringen zu können, entdeckt. Er traf darin Frauen der besten Gesellschaft, welche, auf Divans liegend, mit fieberhafter Ungeduld den Moment erwarteten, wo sie ihre Einspritzung durch die Hand einer Matrone empfingen, welche dieses ungesetzliche Gewerbe betrieb. Diese Art Industrie ist sehr glaubhaft, ja sie wird, wenn sie noch nicht existirt, sicher bald gegründet werden.

Hauptsächlich sind es in allen Ländern die Frauen, welche sich dem Morphiumgenuß hingeben. Diejenigen, welche dieser Krankheit schon verfallen sind, bestreben sich, derselben wie eines „feinen Lasters" sich zu rühmen, wie einer Excentrizität der Mode und zeigen eine große Ausdauer, neue Anhänger zu gewinnen.

Sie sind es hauptsächlich, welche der großen Armee Morphiumsüchtiger stets neue Rekruten zuführen. Sie befleißigen sich dabei großer Schlauheit. Es giebt manche Frauen, welche als Schmuck gefaßte Fläschchen an sich tragen, in denen sich das kostbare Gift und die kleinen Apparate befinden, welche zur Einspritzung unter die Haut dienen. Sie besitzen eine unglaubliche Geschicklichkeit, um jeder Beobachtung zu entgehen und sich ihre Einspritzung überall, zu jeder Stunde, ohne Aufmerksamkeit zu erwecken, zu machen.

Es giebt keine List, die sie nicht anwenden, um sich Morphium zu beschaffen, um die Vorsicht des Arztes zu täuschen und von ihm ein Rezept zu erhalten, wobei sie sich nicht scheuen, dasselbe mitunter zu fälschen.

Da das Morphium sehr theuer ist, kommt es häufig vor, daß diejenigen, welche nicht reich genug sind, Schulden dafür machen oder ihre Kleinodien, ihre Kleider verkaufen oder in das Leihhaus bringen, um dasselbe zu erwerben.

Es giebt Frauen, welche, um sich Morphium zu verschaffen, selbst einen Diebstahl begehen, wie die Frau, bei welcher der Doktor Motet seine Beobachtungen gemacht hat. Am Endpunkte aller ihrer Mittel angelangt, durch den Apotheker, welcher ihr nach und nach bis zu 1600 Fr. kreditirt hatte, verfolgt, hatte die Unglückliche, halb wahnsinnig, nicht mehr wissend, an wen sich wenden, Waaren in einem großen Etablissement entwendet, um sie wieder zu verkaufen und für den Erlös Morphium zu erstehen. Vor Gericht unter der Wucht einer entehrenden Anschuldigung hatte sie nur die eine Erinnerung: die schreckliche Nacht, welche sie auf der Wache den Tag nach ihrer Verhaftung verbracht hatte und während welcher sie sich keine Einspritzung machen konnte; sie hatte nur eine Befürchtung, daß sie sich diesem Laster nicht mehr überlassen könnte, wenn sie im Gefängniß wäre.

Die Männer können sich mehr beherrschen und verstehen es besser, ihr Thun zu verheimlichen. Besonders die Aerzte, unter denen es übrigens sehr viel Morphiumsüchtige giebt, verbergen dies ängstlich und aus diesem Grunde ist es nicht möglich, die Zahl der daran Leidenden festzustellen. Aber trotzdem nimmt man an, daß die Hälfte der Morphiumsüchtigen dem Stande der Mediziner angehört.

Es giebt keine tyrannischere, unwiderstehlichere Leidenschaft als sie. Von dem Moment an, wo der Kranke sich eine Einspritzung geben will, empfindet er ein wirkliches Unbehagen und ein nicht zu schilderndes Angstgefühl. Dauert der Zustand längere Zeit, so wird diese Angst zur Tortur, während sie sich ins schönste Wohlbehagen umwandelt, wenn es dem Kranken gelingt, sich zu befriedigen. Er findet schnell seine Lustigkeit und seine gute Laune wieder, seine Züge beleben sich — und er fühlt sich nach ein paar Minuten wieder durchaus wohl. Dabei ist es nicht allein Empfindungssache — das Bedürfniß nach dem Gift ist effektiv vorhanden und zeigt sich in organischen Störungen, die oft einen bedenklichen Charakter annehmen.

Ich sagte schon, daß dies Laster auf eine Weise um sich greift, die es uns als eine soziale Gefahr betrachten läßt. Es ist höchste Zeit, dagegen mit aller Macht einzutreten und das ist die Sache der medizinischen Wissenschaft, denn man kann der Morphiumsucht vorgreifen; ist sie erst einmal da — und das ist sie schon nach ein paar Monaten regelmäßigen Gebrauchs — so giebt es kaum mehr eine Hoffnung auf Errettung des Kranken. Sie ist noch zäher wie Trunksucht, und wenn die Aerzte sie nicht als unheilbar betrachten, so ist das wohl nur, weil man eben immer an die Zukunft glaubt. Die Maßregeln, die sie dagegen ergreifen, beweisen übrigens am besten, wie wenig sie selbst an einen Erfolg ihrer Behandlung glauben.

Sie erkennen alle an, daß der muthvollste, entschlossenste

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18910409010/fragment/page=0001

Berlin, 7. April. Wie ein englisches Blatt in der Pforte erfahren haben will, würde v. d. Goltz-Pascha in absehbarer Zeit wieder in den deutschen Heeresdienst zurückkehren. Auf Grund authentischer Ermittelungen darf diese Behauptung als eine jeder Begründung entbehrende Kombination bezeichnet werden. Wer die einschlägichen Verhältnisse auch nur einigermaßen kennt, wird wissen, daß sich dieser ausgezeichnete Militair gerade jetzt am allerwenigsten nach dem Vaterlande zurückziehen dürfte. Waren es doch Kollisionen mit dem jetzigen Reichskanzler, welche ihn s. Z. bestimmten, in ausländische Dienste zu treten. Ueberdies läuft sein Kontrakt mit dem Seraskerat noch bis 1893, und ist darum schon eine Aenderung in seinem dienstlichen Verhältniß nicht angängig.

Die „Nordd. Allg. Ztg." tritt heute an leitender Stelle den neuerdings aufgetauchten beunruhigenden Gerüchten entgegen, indem sie u. a. schreibt:

Es ist bereits in d. Bl. Anlaß genommen worden, den vielfachen Deutungen, welche die Verleihung des russischen Andreas-Ordens an den Präsidenten der französischen Republik zur Folge hatte, mit dem schlichten Hinweis zu begegnen, daß nach dem gastfreundlichen Empfang des Zarewitsch auf französischem Boden in Asien eine derartige Dankeserwiderung in den herkömmlichen Gepflogenheiten internationaler Höflichkeit lag.

Was die Meldung von russischen Truppenverschiebungen an der südwestlichen Grenze betrifft, so darf dieselbe nach zuverlässiger Information als völlig grundlos bezeichnet werden. Das ganze Kapitel aber von russischen Rüstungen und russischen Drohungen erscheint in wesentlich anderem Lichte, je nachdem man den ganzen Umfang und Zusammenhang der in Betracht kommenden Thatsachen ins Auge faßt oder durch die vereinzelte Meldung dieses oder jenes Vorganges sich irritiren läßt.

Rußland steht mitten in der Ausführung des in den achtziger Jahren angenommenen Reichsvertheidigungsplanes. Auch die Umänderung des Infanteriegewehrs ist beschlossen, — eine Maßnahme, deren Durchführung nicht begonnen zu werden pflegt, wenn irgendwelche Besürchtung vorhanden, daß man von ernsten Ereignissen überrascht werden könnte. Bisweilen mag es im russischen Bedürfniß liegen, im Hinblick auf die orientalischen Völkerschaften, mit welchen das Zarenreich bis zur Grenze des Amur hin sich berührt, eine drohende oder wenigstens imponirende Miene anzunehmen, man braucht sich in Europa, so lange hier die Ausschlag gebenden internationalen Beziehungen ihren festen Bestand behaupten, durch dergleichen die Ruhe des Gemüthes nicht stören zu lassen.

Wohin wir aber in unserem Welttheil die Blicke wenden, sehen wir die internationalen Verhältnisse so beruhigt und so befriedigend, wie nur irgend erwartet werden kann. Wo Konflikte vorhanden, wie sie nie ganz ausbleiben können in einer Welt, in welcher Hunderte und Tausende widerstreitender Interessen einander berühren, herrscht doch die volle Zuversicht, daß die friedlichen Mittel der Diplomatie genügen werden, die bestehenden Differenzen schließlich auszugleichen.

Aus zuverlässiger Quelle verlautet nach dem B. B.-Cour. aus Wien, daß Oesterreich bei den Vertrags-Verhandlungen mit Deutschland eine Ermäßigung des Roheisenzolles von 80 auf ca. 60 Goldkreuzer, bei Fabrikaten noch weitergehende Ermäßigungen zulasse. Die endgiltigen Ziffern werden erst bei der Schluß-Redaktion festgestellt. Die Verhandlungen dürften sich noch vierzehn Tage hinziehen. Was die Holzzölle betrifft, so hätte Deutschland wesentliche Ermäßigungen zugestanden, sodaß dermalen in dieser nächst der Getreidezoll- wichtigsten Frage nur eine geringe Differenz besteht. Die deutschen Unterhändler erhalten kaiserliche Auszeichnungen. Vertragsverhandlungen mit der Schweiz sollen Mitte Mai in Wien oder in Berlin und zwar gleichzeitig seitens Oesterreichs und Deutschlands stattfinden.

Der „Reichsanzeiger" hat kürzlich bereits mitgetheilt, daß Belgien zum Abschluß eines neuen Handelsvertrags mit Deutschland bereit sei. Wie jetzt aus Brüssel gemeldet wird, sollen schon im Laufe dieser Woche die belgischen Bevollmächtigten zu diesem Zwecke in Berlin eintreffen.

Der nordamerikanische Sekretär der Landwirthschaft Rusk hat auf eine an ihn ergangene Anfrage erwidert, die telegraphische Meldung, nach welcher Deutschland das betreffs der Einfuhr amerikanischer Schweine bezw. amerikanischen Schweinefleisches erlassene Verbot zurückgenommen habe, sei offiziell noch nicht bestätigt, er zweifle jedoch nicht, daß eine derartige Entscheidung bald getroffen werden dürfte.

Morphiumsüchtige unmittelbar seiner Leidenschaft wieder verfällt, wenn er sich selbst überlassen ist. Sobald er in Versuchung geführt wird, hat er einen so schweren Kampf zu kämpfen, daß er demselben schließlich immer unterliegt. Geht er nach einem bestimmten Plan vor und will sich nach und nach entwöhnen, so gelingt es ihm vielleicht nach wirklich heldenmäßigen Anstrengungen und nach Aufwendung einer ganz kolossalen Willenskraft, seine Einspritzungen um ein paar Centigramm zu vermindern, aber dann braucht eines schönen Tages nur ein heftiger Schmerz oder irgend eine Aufregung zu kommen und all seine Erfolge sind sofort über den Haufen geworfen. Er verliert in Zeit einer Stunde die ganze erobernde Freiheit, und sehr schnell hat er dann die frühere Dosis noch übertroffen.

Schon unzählige male haben die Aerzte die unmögliche Heilung, so lange der Kranke in seiner Wohnung bleibt, konstatirt — die Möglichkeit einer solchen giebt es nur durch Internirung desselben. Seit einigen Jahren giebt es besondere Anstalten zur Heilung der Morphiumsucht. Die erste derselben wurde in Schöneberg bei Berlin durch Dr Eduard Levinstein gegründet; kurze Zeit darauf folgte eine zweite in Graz in Steiermark. Im Jahre 1889 waren in der letzteren 300 Kranke, ohne die zu zählen, die in der Anstalt keinen Platz mehr fanden und in der Stadt untergebracht worden waren. Die Behandlung dort beruht auf einer sofortigen und unbedingten Entziehung jedes Morphiumgenusses.

Mehrere ähnliche Anstalten wurden in Amerika gegründet. Man wird in denselben nur aufgenommen, nachdem man einen Vertrag des Inhaltes unterzeichnet hat, daß man sich blindlings den in dem Hause vorgeschriebenen Gesetzen fügen wird, welches auch immer deren Folgen seien. Diese Vorschriften aber enthalten wie in Graz die sofortige und schroffe Enthaltung des Giftes. Die Kranken werden in Einzelzellen gesperrt, die denjenigen der Irrenanstalten ähnlich sind, und dort läßt man sie unhig schreien und um sich schlagen. Wenn die Gesundheit des Kranken gefährdet ist, so kommt er in ärztliche Behandlung; aber kein Weg führt ihn zum Morphium gemäß zurück.

Auf die weitere Berathung des Volksschulgesetzes ist in der gegenwärtigen Session, wie jetzt auch die Nat.-Lib. Korr. bestimmt erfährt, endgiltig Verzicht geleistet. Die Form des Uebergangs zur Tagesordnung über diese Vorlage, sei es formelle Zurückziehung oder einfaches Liegenbleiben, steht noch nicht fest. — Nach der Magd. Z. steht in Sachen des Volksschulgesetzes eine Erklärung der Regierung nahe bevor. Vor Abgabe derselben dürfte die Kommission ihre Arbeit nicht wieder aufnehmen. Wird die Vorlage zurückgezogen, dann ist die Kommission allerdings der weiteren Arbeiten überhoben.

---

* Wenn das nunmehr dem Preußischen Abgeordnetenhause zugegangene Rentenbankgesetz auf Mängel in dem Rentengutsgesetz zurückgeführt wird, so trifft dies, den „Berl. Pol. Nachr." zufolge, nicht zu. Die Bestimmungen des Rentengutsgesetzes geben zu einer Berichtigung keinen Anlaß. Es gilt jetzt aber die dort geschaffene neue Form des Eigenthumserwerbs für die innere Kolonisation nutzbar zu machen. Zu diesem Ende soll unter Wiedereröffnung der Provinzial-Rentenbanken nicht nur die Vermittelung der Ablösung der Renten, sondern auch die Gewährung von Kredit zum Ausbau der Gebäude durch diese Institute ermöglicht und dabei dadurch, daß in Bezug auf die Sicherheit der Beleihung bis an die äußerste mit den finanziellen Interessen des Staates vereinbare Grenze gegangen wird, die Ansiedelung mittels Kaufs und Rente möglichst erleichtert werden.

---

* Auf Antrag des Provinzial-Landtags der Provinz Schleswig-Holstein ist dem Herrenhause der Entwurf eines Gesetzes über die Heranziehung der Fabriken, Bergwerke, Steinbrüche, Ziegeleien usw. zu Präcipualleistungen für den Wegebau zugegangen. Der Antrag auf Mehrbelastung der Fabriken usw. steht, entgegen dem Antrag des Provinzallandtags, nur den Gemeinden zu. Im Herzogthum Lauenburg findet das Gesetz keine Anwendung, weil § 24 der Wegeordnung vom 7. Febr. 1876 bereits entsprechende Bestimmungen enthält.

SS. Aus **Lübeck** schreibt uns ein gelegentlicher Mitarbeiter: Mit auffallender Herzlichkeit hat der Kaiser hier den Minister v. Boetticher behandelt. Die Absichtlichkeit der ihm zu Theil gewordenen Auszeichnungen trat verschiedentlich so deutlich zutage, daß sie allgemein bemerkt ward. Dementsprechend war Herr v. Boetticher in erdenklich heiterster Stimmung. Augenscheinlich ist seine Stellung, soweit der Wille des Kaisers dabei in Betracht kommt, durch die bekannte Enthüllung nicht beeinträchtigt worden. Wie übrigens im Gefolge des Monarchen verlautete, stände ihm noch eine besondere Auszeichnung in nächster Zeit bevor.

---

* Die „Post" kann in Bezug auf die Gerüchte wegen Erschütterung der Stellung des Staatssekretärs Admirals Hollmann so viel feststellen, daß der Genannte seinen Abschied nicht eingereicht hat und allem Anschein auch gar nicht daran denkt, das zu thun.

---

* Wie das Bureau „Herold" aus Hamburg meldet, trifft der Reichskommissar für Deutsch-Ostafrika, v. Wissmann, im nächsten Monat wieder in Europa ein. Der Dampfer „Zanzibar" der Ndeberei Oswald brachte bereits aus Ostafrika fünf Kanonen, Munition, Speere, Bogen, vergiftete Pfeile, einen großen Theil der Beute des Majors v. Wissmann aus den Kämpfen in Ostafrika nach dort. Ein Marineoffizier wird diese Kriegsbeute auf einem Regierungs-Schlepper nach ihrem Bestimmungsort, vermuthlich Kiel, überführen.

---

* Die englischen Blättern zugegangene Meldung, der Reichskanzler habe Lord Salisbury benachrichtigt, Deutschland werde das südwestafrikanische Schutzgebiet aufgeben, wenn die neugebildete deutsch-englische Gesellschaft nicht zustande komme, erklärt auch der „Reichsanzeiger" als „vom Anfang bis zum Ende aus der Luft gegriffen."

---

* Die Angelegenheit der Kamerun-Anleihe dürfte der „Schles. Ztg." zufolge bald wieder den Reichstag beschäftigen, da nach den eingehenden Berathungen in der Budgetkommission die Regierung es vorziehen wird, den früheren Plan aufzugeben und die Sache dem Reichstage zu unterbreiten. Die Frage, ob Anleihen für die Schutzgebiete durch die Organe der Kaiserlichen Schutzgewalt ohne Zustimmung des Reichstages aufgenommen werden können, wird staatsrechtlich dadurch kaum gelöst werden, dazu bedarf es vielmehr eines besonderen gesetzgeberischen Aktes.

---

* Der Verein für Beförderung des Gewerbefleißes (unter dem Vorsitze des früheren Staatsministers Delbrück) sprach sich nach längerer Debatte für die Veranstaltung einer internationalen Ausstellung in Berlin in drei bis fünf Jahren aus. Eine Kommission wurde beauftragt, mit den über ganz Deutschland verbreiteten und anderen wirthschaftlichen Vereinen in Verbindung zu treten, um die vorbereitenden Schritte zu thun.

---

* Aus dem jetzt vorliegenden Bericht der Sperrgelder-Kommission des Abgeordnetenhauses sind die Ausführungen des Finanzministers von Interesse. Derselbe erklärte nach diesem Bericht, daß seitens der Finanzverwaltung die diesjährige Vorlage der vorjährigen entschieden vorgezogen werde, da sie durch erstere der dauernden Verwaltung des Fonds und der für jetzige Verhältnisse immerhin hohen Verzinsung desselben überhoben werde. Die Regierung halte eine völlige Herstellung des Friedens zwischen dem Staate und den beiden Konfessionen des Landes für dringend geboten. Die Regierungsvorlage erscheine als ein hierzu geeignetes Mittel, da sie den Wünschen der katholischen Bevölkerung thunlichst entspreche und auch für die Angehörigen der evangelischen Konfession und die Staatsregierung nichts Unannehmbares enthalte. Ein Rechtsspruch auf Rückgabe der gesperrten Summe von irgend jemand, sei es an die Gesperrten, sei es an die katholische Kirche als solche, werde nach wie vor nicht anerkannt. Es sei aber doch geboten, daß die Gelder, welche während des Kriegszustandes nicht konfiszirt, sondern nur einbehalten seien, und welche auch heute niemand konfisziren wolle, nach Aufhören des Kriegszustandes wieder herausgegeben würden. In betreff der Verwendung der nach Entschädigung derjenigen, welche Einbuße erlitten hätten, etwa übrigbleibenden Beträge schenke die Staatsregierung den katholischen Bischöfen ausreichendes Vertrauen, daß sie diese in der That nur zu den von ihnen angegebenen unverfänglichen Zwecken verwenden würden. Auch habe es die Regierung vermöge ihres Aufsichtsrechtes in der Hand, die Verwendung in der von denselben angegebenen Art durchzusetzen.

---

* Aus Gotha schreibt man dem „B. Tgbl.": Die hiesigen Sozialdemokraten scheinen ganz bestimmt auf die Ungiltigkeitserklärung der Wahl unseres freisinnigen Abg. Zangemeister zu rechnen, da sie bereits die Aufstellung ihres früheren Kandidaten, jetzigen Vertreters für Magdeburg, Schuhmacher Bock, beschlossen haben. Betr. der event. Neuwahl in Magdeburg wurde in einer kürzlich stattgehabten Sozialistenversammlung versichert, daß die Genossen dort nicht nur nichts gegen einen neuen Wahlkampf einzuwenden hätten, sondern thatsächlich einen solchen herbeiwünschten. Abgesehen von der Agitation, welch stets mit einem Wahlkampf verbunden ist, seien die magdeburger Genossen in der Lage, eine Reichstagswahl als eine Geldquelle ansehen zu können, da nach jeder Wahl ein Ueberschuß von mehreren tausend Mark für die Parteikasse verblieb. — Allerdings ein idealer Standpunkt!

H. **Bochum**, 7. April. Der „Westf. Volksztg." zufolge forderte die Regierung 36 Einkommensteuerpflichtige auf, ihr Steuerzettel wegen irrthümlicher Veranlagung zurückzugeben. Darunter befinden sich die Generaldirektoren Baare und Tielinghaus, sowie viele Beamte des Bochumer Vereins.

* **Berlin**, 7. April. S. M. Kanonenboot „Iltis", Kommandant Korvetten-Kapitän Ascher, ist gestern in Woosung angekommen.

„Fürst Bismarck als Volkswirth."

Der neue Poschinger ist am Dienstag ausgegeben worden. Bekanntlich hat der Ritter von Poschinger unter dem Titel „Fürst Bismarck als Volkswirth" (Berlin, Verlag von Karl Heymann) ein mehrbändiges, unter den Augen des ehemaligen Reichskanzlers entstandenes Werk veröffentlicht, dessen letzter Theil nun erschienen ist. Es handelt sich in diesem Schlußbande um die Geschichte der Bismarck'schen Wirthschaftspolitik während der letzten fünf Jahre von 1885 bis zum März 1890. Die Zahl und Bedeutung der zum ersten male bekannt gegebenen Aktenstücke scheint uns nach der ersten, flüchtigen Durchsicht des noch näher zu betrachtenden Bandes weit geringer als sonst zu sein. Zunächst interessirt die ziemlich umfangreiche Einleitung, die offenbar bestimmt ist, den Anteil des Fürsten Bismarck an der Gesetzgebung der letzten Jahre authentisch festzustellen.

Herr v. Poschinger erklärt, bis zur letzten Stunde habe Bismarck sich in allen nur einigermaßen wichtigen Fragen, mochten sie nun auswärtige Angelegenheiten betreffen oder in die Ressorts der inneren Reichsämter gehören, die den Anschlag gebende Entscheidung vorbehalten. Meist wurde nach Vorträgen der Staatssekretäre oder des Chefs der Reichskanzlei, seltener nach schriftlichen Berichten entschieden. Auch als preußischer Ministerpräsident und Handelsminister hat Fürst Bismarck durchaus das Heft in Händen gehabt und er wünscht augenscheinlich festgestellt zu sehen, daß auch in den Gesetzen, die nicht seine Unterschrift tragen, seines Geistes Prägung zu finden ist. Da mancher Gesetzesbestimmung aus jener „sinkenden Periode der Bismarck'schen Politik" kein populärer Beifall gespendet wurde, muß man es als einen Beweis muthigen Selbstgefühles anerkennen, wenn der Fürst sich jetzt offen zur Verantwortlichkeit für alle prinzipiell irgendwie bedeutsamen Entscheidungen bekennt.

Besonders interessant sind die Mittheilungen über die größeren Gesetze der letzten Zeit. Ein Einkommensteuergesetz wäre darnach in Preußen nicht zu Stande gekommen, weil über gewichtige Fragen, wie z. B. der Grund- und Gebäudesteuer, der höheren Belastung ausländischer Werthe, im Staatsministerium eine Einigung nicht zu erzielen war. Daß Fürst Bismarck, wenn er seine Autorität für die Steuerreform eingesetzt hätte, etwaigen Widerspruches nicht Herr geworden wäre, wird man bezweifeln dürfen; man weiß, wie es um das Kolonialprinzip im preußischen Ministerium damals bestellt war. Was die Reform der Zuckersteuer betrifft, so scheint Fürst Bismarck, im Gegensatz zu gewissen Aeußerungen der „Hamb. Nachr.", von dem nach seinem Rücktritt entstandenen Entwurfe nicht erbaut zu sein, weil — wie Poschinger sagt — darin „einseitig", d. h. nicht durch internationale Vereinbarung, die Ausfuhrprämien etappenweise beseitigt werden sollen.

Ueber die Alters- und Invaliditätsversicherung wird gesagt: „Bismarcks Interesse an der Sache war allerdings nicht mehr das ursprüngliche von dem Augenblicke an, wo dem Arbeiter Beiträge zu einer Altersversicherung zugemuthet wurden; er hatte eine Versorgung auf Staats- und Reichskosten in Aussicht genommen und empfohlen, die Mittel dazu eventuell aus dem Tabaksmonopol zu nehmen. Die von ihm erstrebte politische Wirkung war zu durch Gratisversorgung zu erreichen. Lohnabzüge schon im 17. Jahre behufs knapper Pension nach einem halben Jahrhundert lagen nicht in dem Plan, der ihm bei seiner Initiative vorschwebte." Nach diesen Ausführungen wird man darüber erstaunt sein, daß Fürst Bismarck zu einem nach seiner Ueberzeugung so verunstalteten Gesetz seine Zustimmung gab, anstatt eventuell mit seinem ursprünglichen Plan an die Wähler zu appelliren.

Die Geschichte der Entlassung Bismarcks wird natürlich nur vorübergehend erwähnt. Nach Poschinger hat der Fürst im Februar 1890 freiwillig das Handelsministerium an Herrn v. Berlepsch abgetreten, weil die Geschäfte des Handelsministeriums sich durch die an den Ausstand von 1889 sich knüpfenden Folgen wesentlich vergrößert hatten und eine Entlastung des Reichskanzlers durch ein selbstständiges Kolonialamt im Augenblicke nicht zu ermöglichen war. Der gänzliche Rücktritt Bismarck's sei dann im März nicht wegen einer Differenz mit dem sozialpolitischen Programm des Kaisers erfolgt; der Reichskanzler habe an der internationalen Regelung der Arbeiterschutzfrage formell mitgewirkt, er habe aber materiell diesen Schritt nicht für opportun gehalten. Das klingt etwas dunkel und kann höchstens die längst bekannte und unbestrittene Thatsache erhärten, daß der Kaiser und Kanzler in der Arbeiterschutzfrage nicht mehr eines Sinnes waren. Man erzählte sich übrigens damals in eingeweihten Kreisen, Fürst Bismarck habe die Schweiz veranlassen wollen, von ihrem Prioritätsrecht einer Arbeiterschutz-Konferenz nicht zurückzutreten; damit wäre der Plan einer Berliner Konferenz vereitelt gewesen. Von diesen Versuchen sei aber der Kaiser unterrichtet worden und er habe in später Abendstunde den Schweizerischen Gesandten, Herrn Roth, ins Schloß gebeten, um ihn für seinen Standpunkt zu gewinnen. Gerade die Erkenntniß, daß Bismarck nur „formell" an der Sache theilnahm, soll Erbitterung hervorgerufen und den Bruch beschleunigt haben.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

92. Sitzung vom 7. April, 1 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest

Abg. v. Hüsst (nl.) einen Protest gegen die bekannte Aeußerung des Kriegsministers über die ostfriesischen Lehrer bei Gelegenheit der Besprechung der Soldatenmißhandlungen, und erklärt, eine Interpellation deswegen einbringen zu wollen.

Die zweite Berathung des Arbeiterschutzgesetzes wird darauf fortgesetzt mit § 120a (Vorschriften betr. Anlage und Betrieb, Schutz von Gesundheit und Leben).

Abg. Murm (Soziald.) wünscht eine präzisere Fassung des Paragraphen, damit der Schutz der Gesundheit der Arbeiter sicherer gestellt würde. Namentlich bekämpft er die große Ausdehnung der bundesräthlichen Befugnisse. Bei der erschreckend niedrigen Ziffer der Lebensjahre der Arbeiter in den meisten Arbeitsbranchen, bei der ungeheuer großen Zahl von Schwindsüchtigen sei ein viel weiterer Arbeiterschutz auf diesem Gebiete durchaus erforderlich. Es sei sehr zu bedauern, daß man aus den Berichten der Fabrikinspektoren sehr wenig ersehen könne wie es in Bezug auf sanitäre Einrichtungen wirklich in den Fabriken aussehe.

Abg. Möller (nl.) erklärt die Schilderungen des Vorredner

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18910409010/fragment/page=0002

für übertrieben und hält die Bestimmungen des Paragraphen für durchaus genügend zum Schutze der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter. Eher sei eine zu große Benachtheiligung der Betriebsunternehmer zu befürchten.

Minister Frhr. v. Berlepsch weist darauf hin, daß in Vorschriften des § 120a auf die Natur des Betriebes Rücksicht genommen werde; die Befürchtung der Betriebsunternehmer sei unbegründet.

Abg. Dr. Hirsch (dt.) erwidert dem Abg. Wurm, daß von der bona fides der verbündeten Regierungen die Ausführung der Bestimmungen des Gesetzes zum Wohle der Arbeiter erwartet werden müsse. Ein großer Fortschritt in den Bestimmungen gegenüber den bisherigen Zuständen sei unbestreitbar. Eine anderweitige Regelung der Betriebsaufsicht wünschte auch die freisinnige Partei und würde in der dritten Lesung darauf hingehende Anträge stellen.

Abg. Wurm glaubt, daß bei Ueberlastung der Fabrikinspektoren von einer genügenden Betriebsaufsicht auch bei einer einheitlichen Regelung derselben nicht die Rede sein könne. Seine Schilderungen seien zum Theil sogar vom „Arbeiterfreund", einem Organ der Industriellen, bestätigt worden. Ohne Ausnahme des sozialdemokratischen Arbeiterschutzentwurfes sei eine Besserung der Zustände nicht zu erwarten.

Abg. Heine (Soz.) hält das Vertrauen auf die bona fides des Bundesraths für unberechtigt, da die Ausführung in den Händen der unteren Polizeibehörden sich befände.

Abg. Möller hält das Institut der Fabrikinspektoren nicht für änderungsbedürftig.

Abg. Bebel (Soz.) erwidert, daß nur die Verschiedenartigkeit der Gewerbeinspektion in den verschiedenen Gegenden des Reiches an den schlechten sanitären Zuständen der Betriebe schuld sei. Bei den heutigen Fortschritten der Technik könnten, wenn die Interessen der Unternehmer nicht zu sehr in den Vordergrund gestellt würden, 90 Proz. aller Unfälle vermieden werden.

Geheimrath Lohmann erklärt die letzte Behauptung des Vorredners für unrichtig. Die bei weitem größere Zahl der Unfälle sei entweder bei der Natur der Betriebe unvermeidlich oder durch die Schuld einzelner Betriebsbetheiligten entstanden. Der Entwurf der Sozialdemokraten sei vorläufig unausführbar, weil seine Grundlage ein problematisches Reichsarbeitsamt sei.

Abg. Dr. Hirsch bestreitet, daß durch die Vorlage alles in die Hände der Polizei gelegt werde. Einer zu großen Vertrauensseligkeit gegenüber der Regierung könne man die freisinnige Partei am wenigsten beschuldigen. Sie urtheile in diesem Falle lediglich auf Grund von Erfahrungen. Der Weg der Arbeitsämter sei vorläufig ungangbar.

Abg. Bebel tritt den Ausführungen des Geheimrath Lohmann entgegen. Die Statistik der Unfälle sei durchaus ungenügend. Die meisten Unfälle hätten in Wirklichkeit ihren Grund in den ungenügenden Schutzvorrichtungen in den Betrieben und der Ueberarbeitung der Arbeiter. Das Institut der Arbeitsämter würde durchaus wirksam sein schon wegen der großen Zahl der inspizirenden Beamten.

Abg. Mirbach (Ntp.) weist die Ausführungen des Vorredners über die Unglücksfälle für das Bergwerksgewerbe zurück. Da würde zur Verhütung von Unfällen alles angewandt, was die Wissenschaft an die Hand gebe. Abg. Bebel zeige hier einen großen Mangel an Sachkenntniß oder ein Uebermaß an Ungerechtigkeit.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird § 120a angenommen.

§ 120b handelt vom Schutz der Sittlichkeit.

Ein Antrag Auer will die darin vorgesehene Trennung der Geschlechter in den Betrieben beseitigen.

Abg. Bebel (Soz.) vertheidigt den sozialdemokratischen Antrag damit, daß die absolute Trennung der Geschlechter bei einer ganzen Anzahl Betriebe undurchführbar sei. Das Zusammenarbeiten von Männern und Frauen sei im Gegentheil geeignet, die Sittlichkeit zu heben und Ausschreitungen, welche sonst vielleicht vorkommen würden, einzuschränken.

Abg. v. Jagow (dk.) tritt für die Kommissionsfassung ein. Man müsse angesichts der Thatsache, daß zahlreiche Unsittlichkeiten vorkommen, eine Handhabe besitzen, um solchen Unzuträglichkeiten entgegentreten zu können.

Abg. Singer (Soz.) hält die ausdrückliche Vorschrift über die Trennung der Geschlechter für überflüssig, da ja schon im ersten Absatz des Paragraphen allgemein bestimmt sei, daß der Unternehmer verpflichtet ist, diejenigen Einrichtungen zu treffen, welche erforderlich sind zur Aufrechterhaltung der guten Sitten. Das genüge. Die Präzisirung in der Fassung der Kommission bedeute ein unberechtigtes Mißtrauen gegen die Arbeiterwelt.

§ 120b wird darauf unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages in der Kommissionsfassung mit einer redaktionellen Aenderung Gutfleisch angenommen; ebenso ohne Debatte § 120c (Schutz der jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren).

Zu § 120d, der die Polizeibehörden zur Anordnung der Ausführung der Arbeiterschutzvorschriften, namentlich in gesundheitlicher Hinsicht, befugt, bedauert

Abg. Roesicke (wildlib.) es lebhaft, daß weder den Berufsgenossenschaften noch anderen Selbstverwaltungsorganen eine Mitwirkung bei der Ausführung der Bestimmungen in den vorangegangenen Paragraphen gestattet ist.

Abg. Wurm (Soz.) spricht sich gegen eine Mitwirkung der Berufsgenossenschaft aus, da es sich ja hier nicht um Unfallverhütungsvorschriften handele.

§ 120d wird darauf in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 120e bestimmt, daß der Bundesrath allgemeine Vorschriften darüber erlassen kann über die Anforderungen in bestimmten Arten von Anlagen nach vorheriger gutachtlicher Anhörung der Berufsgenossenschaften, insbesondere kann der Bundesrath bei einer die Gesundheit der Arbeiter gefährdenden übermäßig langen Dienstzeit die Arbeitszeit einschränken.

Ein Antrag Auer, ebenso ein Antrag Gutfleisch will die gutachtliche Anhörung der Berufsgenossenschaften streichen. Außerdem will ein Antrag Gutfleisch dem Reichstage die Befugniß zuschreiben, die Vorschriften des Bundesraths außer Kraft zu setzen.

Abg. Frhr. von Stumm (Rp.) spricht sich gegen die Anhörung der Berufsgenossenschaften aus, da das nur eine Verschleppung der Verordnungen zur Folge haben werde. Der Bundesrath werde die Wünsche der Berufsgenossenschaften berücksichtigen auch ohne gutachtliche Aeußerungen derselben. Man besten empfehle sich in dieser Sache eventuell das Verwaltungsstreitverfahren.

Abg. Dr. Gutfleisch befürwortet ebenfalls die Streichung der Bestimmungen über die Mitwirkung der Berufsgenossenschaften und vertheidigt seinen zweiten Antrag von den konstitutionellen Gesichtspunkten aus, welche er bereits bei den entsprechenden Paragraphen öfter gekennzeichnet habe.

Abg. Letocha tritt dagegen für die Kommissionsfassung ein.

Abg. Singer vertheidigt den sozialdemokratischen Antrag im Anschluß an die Ausführungen der Vorredner. Die Regierung sei doch gewiß den Unternehmern nicht ungünstig gesinnt, und wenn sie selber nicht das Bedürfniß gehabt haben, eine solche Mitwirkung der Berufsgenossenschaften herbeizuführen, so sei ein solches Bedürfniß jedenfalls nicht vorhanden.

§ 120e wird darauf unter Ablehnung sämmtlicher Anträge in der Kommissionsfassung angenommen.

Das Haus vertagt die weitere Berathung auf Mittwoch 12 Uhr.

Schluß 5¼ Uhr.

Preußischer Landtag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

Abgeordnetenhaus.

63. Sitzung vom 7. April, 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen Petitionen.

Eine Reihe von Petitionen rein lokaler Natur wird nach den Beschlüssen der Kommission erledigt.

Ueber eine Petition, betr. Erhöhung des Gehalts der Gerichtssekretäre und Gerichtsassistenten, geht das Haus zur Tagesordnung über.

Verschiedene Petitionen, betr. den Vorsitz der Pfarrer in den katholischen Kirchenvorständen, beantragt die Kommission der Regierung theils zur Erwägung, theils als Material zu überweisen.

Abg. Bachem (Centr.) schildert die Zustände in dem linksrheinischen Gebiete, in welchem als Ausnahme von dem übrigen Preußen noch heute, entsprechend den französischen Bestimmungen, ein Laie den Vorsitz im Kirchenvorstand führen muß. Gegen die Petitionen zur Abstellung der sich daraus ergebenden Mißstände und Ungleichheiten habe die Regierung sich bis jetzt gleichgiltig verhalten. Das Abgeordnetenhaus habe daher alle Veranlassung, die Regierung zur gesetzlichen Regelung der Materie anzuspornen. Redner beantragt daher, die Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Olzem (natl.) sieht keine Veranlassung zur Aenderung des bestehenden Zustandes. Die Laien wünschten auch eine Aenderung nicht, die Petitionen gingen alle von der daran interessirten Geistlichkeit aus. Redner beantragt daher Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Graf zu Limburg-Stirum (kons.) erklärt sich für den Antrag Bachem; dem Geistlichen gehöre vermöge seiner Stellung und Bildung der Vorsitz.

Abg. Bachem bestreitet dem Abg. Olzem gegenüber, daß die Laien eine Aenderung des jetzigen Zustandes nicht wünschen.

Der Antrag Bachem wird sodann angenommen.

Ueber die Petition eines ehemaligen, aus dem Dienst entlassenen Steueraufsehers um Wiedereinstellung in den Dienst geht das Haus zur Tagesordnung über, desgl. über Petitionen wegen Gewährung des Wohnungsgeldzuschusses an die diätarischen Gerichtsschreibergehilfen, sowie wegen des Baues eines neuen Gerichtsgebäudes in Brieg.

Eine Petition wegen Vermehrung der etatsmäßigen Kanzlistenstellen und Wiederherstellung des Zustandes von 1879 beantragt die Kommission der Regierung dahin zur Berücksichtigung zu überweisen, daß 1. bei Amtsgerichten mit mindestens drei Richtern je eine etatsmäßige Kanzlistenstelle einzurichten sei, und 2. den Kanzleigehilfen schon nach zehnjähriger Beschäftigung Pensionsfähigkeit verliehen werde, über den übrigen Theil der Petition aber zur Tagesordnung überzugehen.

Geh. Rath Vierhaus bittet um Uebergang zur Tagesordnung über den ersten Punkt mit Rücksicht auf die großen Mehrkosten (334,000 M.), welche eine solche Maßnahme zur Folge haben würde.

Abg. Eberhard (kons.) bringt einen dementsprechenden Antrag ein.

Abg. Dürre tritt für den Kommissionsbeschluß ein.

Darauf wird der Antrag Eberhard, sowie der Kommissionsantrag in Punkt 2 angenommen.

Petitionen wegen Verbesserung der Lage der Kassenschreiber bei den Gerichtskassen werden der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. (Zweite Abstimmung über den Wahlgesetzentwurf Huene, zweite Berathung der Landgemeindeordnung).

Schluß 2¾ Uhr.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Die vereinigte deutsche Linke versammelte sich gestern in Wien unter dem Vorsitze Pleuer's. Anwesend waren 95 Abgeordnete. Pleuer berichtete über die bekannten Verhandlungen mit Graf Taaffe und den Polenführern und konstatirte den negativen Erfolg der Konferenzen zum Zwecke einer Majoritätsbildung. Er betonte entschieden, daß die Partei sich volle Freiheit des Verhaltens gewahrt habe und bei den bisherigen Grundsätzen verharren werde. Die Versammlung votirte einmüthig Pleuer und Chlumecky Zustimmung zu diesem Vorgehen und Dank für ihre Bemühungen. Pleuer wurde provisorisch mit der Leitung des Klubs betraut.

Gleichzeitig fand eine vom Grafen Hohenwart einberufene Konferenz statt, woran hervorragende Vertreter sämmtlicher Fraktionen der Rechten, ausgenommen die Jungtschechen und mährischen Tschechen, theilnahmen. Auch der Obmann des Polenklubs, Jaworski, nebst zwei anderen Polen waren anwesend. Zweck der Konferenz war die Vereinigung der Rechten. Graf Richard Clam erklärte, die böhmischen feudalen Großgrundbesitzer wollten sich die Möglichkeit einer Annäherung an die Jungtschechen nicht abschneiden, insbesondere in nationalen Fragen mit derselben zusammengehen, da die Großgrundbesitzer sich auch als die Vertreter des Tschechenvolkes betrachten. Die Polen gaben die Erklärung ab, daß an dem Bündniß mit der Hohenwart-Gruppe festzuhalten sei. Bezüglich der deutschen Linken ist nur in formellen Fragen eine Fühlung beabsichtigt, eine prinzipielle Vereinbarung ist ausgeschlossen, da die Linke durchaus verschiedene Standpunkte einnimmt.

Wie verlautet, wolle Prinz Liechtenstein einen gesonderten Klub bilden, dem die Christlich-Sozialen, die Antisemiten und einige Klerikale beitreten werden.

Baron Marius Pajetti, seit Szoegyenys Ausscheiden mit den Funktionen des ersten Sektionschefs im Ministerium des Aeußeren betraut, ist nunmehr definitiv zum ersten Sektionschef ernannt worden, der außerordentliche Gesandte Graf Welsersheimb zum zweiten Sektionschef; außerdem hat Hofrath Baron Glanz den Titel eines Sektionschefs erhalten.

Eine gestern in Wien stattgehabte von 5000 Gehilfen besuchte Bäckerversammlung beschloß, den Streik zu beginnen. Nur bei den wenigen Meistern, welche sich schriftlich verpflichtet haben, die Forderungen der Gehilfen zu acceptiren, soll weiter gearbeitet werden. Da die meisten Gehilfen ohne Kündigungsfrist engagirt sind, dürften heute 2000 Gehilfen die Arbeit einstellen.

Italien. Aus Rom schreibt man uns: Das Gerücht, Herr Crispi sei beim König der Massaua-Enthüllungen wegen in Ungnade gefallen, beruht auf einer Erfindung klerikaler Blätter. Gerade König Humbert zählt zu Crispi's aufrichtigsten Freunden, um so mehr, da Crispi über kurz oder lang wieder die Zügel der Regierung in die Hand nehmen wird. Unwahr ist es auch, der König hätte eine von ihm nachgesuchte Audienz ohne Angabe von Gründen verweigert.

Der Minister des Innern Nicotera besuchte am Montag abend in Turin den allgemeinen Verband der Arbeiter, sowie deren Verkaufslager. Hierbei sagte der Minister in einer Ansprache, er wisse sehr wohl, daß die schlimmen Intriguen falscher Arbeiter ohne Wirkung bleiben würden bei den wirklichen Arbeitern, er sei sicher, daß dieselben ihren Einfluß dafür einsetzen würden, unüberlegte Bewegungen am 1. Mai zu widerrathen. Der Minister fügte hinzu, er könne unmöglich derartige Störungen der Ordnung zugeben, weil sie das Gesetz nicht gestatte, und er sei verpflichtet, sie zu unterdrücken im Interesse der Arbeiter selbst gegenüber einer geringen Zahl von Unruhestiftern. Zum Schluß gab Nicotera der Zuversicht Ausdruck, daß von Turin niemals das Zeichen zum Beginn von Unruhen ausgehen würde.

Nach römischer Meldung ist es endgiltig entschieden, daß aus Sparsamkeitsrücksichten heuer keine großen italienischen Heeresmanöver stattfinden werden. (Dadurch berichtigt sich die gestern von uns angezweifelte wiener Meldung unter den Fernsprech-Nachrichten in der 1. Beilage.)

Wie aus New-York gemeldet wird, ist der dort weilende italienische Gesandte di Fava beständig bettlägerig. Die Aerzte erklären, daß an eine Reise des Gesandten nach Europa vorläufig nicht zu denken sei.

Frankreich. Wie der pariser „Soir" berichtet, hat am Montag ein italienisches Segelschiff unterlassen, ein französisches Geschwader unweit der Hyerischen Inseln zu begrüßen. Ein französisches Torpedoschiff verfolgte den Segler und zwang denselben, die Formalitäten zu erfüllen. Das Segelschiff fügte sich dem Zwange.

Die vielerörterte Frage der Behandlung des Testaments des Prinzen Napoleon ist, wie aus Paris gemeldet wird, jetzt entschieden. Die Prinzen Viktor und Louis Napoleon, sowie die Prinzessinnen Clotilde und Laetitia, die Grafen Fleury und Delabonde sind bereits am Montag in Nyon (Neuß) im Kanton Waadt eingetroffen, um der heute in Prangins erfolgenden Eröffnung des Testaments beizuwohnen. Das Testament wurde gestern eröffnet, von einer Verlesung aller Einzelheiten war abgesehen, damit der Prinzessin Clotilde erspart werde, die Anschuldigungen ihres Gemahls anzuhören. Der Prinz beschuldigt nämlich seine Gemahlin, daß sie ihn in Paris nach dem Sturze des Kaiserreichs gerade in dem Augenblick verlassen habe, wo er ihrer Anwesenheit am meisten benöthigt war. Aus demselben Grunde haben die Prinzen Viktor und Louis beschlossen, das Testament nicht zu veröffentlichen.

Der Graf von Paris hat zum Präsidenten des politischen Rathes, welchen er beim Verlassen Frankreichs eingesetzt hat, den Herzog von Audiffret-Pasquier ernannt.

Belgien. Die brüsseler „Reforma" meldet, man gehe höheren Orts mit dem Gedanken um, einen Hafen ersten Ranges an der belgischen Küste einzurichten. Die Idee wurde hervorgerufen durch die Konkurrenz, welche der Hamburger Hafen Antwerpen macht.

England. Wie uns aus London mitgetheilt wird, soll Parnell die Absicht haben, die Kassirung der Wahlen in Sligo zu beantragen, weil katholische Geistliche auf die Wahlen eine ungesetzliche Beeinflussung ausgeübt haben sollen. Die Affäre Parnell-O'Shea wird übrigens abermals vor den Gerichten verhandelt werden, da Kapitän O'Shea Parnell wegen Verleumdung verfolgt.

Der Sekretär des Verbandes der Matrosen und Schiffsheizer, Wilson, welcher den letzten Ausstand in Cardiff verunstaltet hatte, wurde in Cardiff wegen Veranlassung zu gesetzwidriger Zusammenrottung und Ruhestörung anläßlich des Streiks zu sechswöchentlichem Gefängniß verurtheilt.

Portugal. In einem Telegramm aus London theilte die englische Regierung der portugiesischen mit, daß sich an der Schiffahrtsgrenze des Limpopoflusses Engländer in Nothlage und ohne Mittel zum Weiterkommen befänden, und bat um die Ermächtigung, ein Schiff den Limpopo aufwärts fahren lassen zu dürfen, um die Engländer aufzusuchen. Da nun aber der Limpopo nicht von den Schiffen einer jeden Nation befahren werden darf, hat die portugiesische Regierung nach Lorenzo Marques hin Befehl ertheilt, daß man sich portugiesischerseits sofort aufmache, die Engländer aufzusuchen und zu unterstützen.

Rußland. Der Kaiser und die Kaiserin sind gestern nachmittag nach Gatschina übergesiedelt. Der „Daily Telegraph" will erfahren haben, daß die Polizei in Petersburg eine neue Verschwörung gegen das Leben des Zaren entdeckt habe.

Bulgarien. Einer zuverlässigen Nachricht der „Frkf. Ztg." aus Sofia zufolge ist die Untersuchung wegen des Attentats abgeschlossen. Es ist festgestellt, daß die Mörder in der Nacht des Attentats zu Pferde nach Serbien entkommen sind. Drei derselben waren Macedonier aus Ochrida, während einer, Namens Matschkow, aus Bulgarien stammt. Weitere Ermittelungen ergaben, daß die Attentäter sich bereits auf russischem Gebiet befinden. Nach dem P. Lloyd hat die Untersuchung den Nachweis geliefert, daß der Revolver, mit welchem das Attentat verübt wurde, russisches Fabrikat ist und vor sechs Monaten von der betr. russischen Fabrik ausgefolgt wurde. Hitrowo sandte ihn von Odessa nach Konstantinopel, woher ihn einer der Verbrecher nach Sofia mitbrachte. Die anderen beiden Verbrecher kamen aus Macedonien.

Die „Times" beschuldigt in einem überaus heftigen Artikel gegen Rußland das petersburger Kabinet der indirekten Urheberschaft der Ermordung des bulgarischen Ministers Beltschow. Dieser Angriff erregt Aufsehen.

Der „Times" meldet man über Wien, daß vor einigen Tagen ein Aufstand in Koula unweit Widdin stattgefunden hat. Die Aufrührer, größtentheils Bauern aus der Umgegend, hätten die Behörden aus der Stadt vertrieben, worauf dieselben nach Widdin flüchteten; hierauf rückten Truppen aus Widdin ein, stellten die Ordnung her und nahmen eine Menge Verhaftungen vor.

Serbien. Aus Belgrad wird uns berichtet: Dem Minister Gaja ist es gelungen, sich die Annahme seines Preßgesetzes seitens der Skupschtina zu sichern. Dem König Milan wird das Gesetz wohl insofern zustatten kommen, als es nicht gestattet, daß derselbe als „Mitglied der königlichen Familie" angegriffen werde. Es scheint, daß mit der Annahme dieses

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Kinder-Tragemäntel aus bestem Cöper-Cattun und extra weit, nur neue, garantirt waschechte Muster in grosser Auswahl und sauberer Ausführung **das Stück 6 Mark.** **J. Lewin,** Halle, Saale.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18910409010/fragment/page=0003

Gardinen

! Gelegenheitskauf!
Grosse Posten vom Stück unter Herstellungspreis.
! Prima Qualitäten!

Ph. Liebenthal & Co.

Untere Leipzigerstrasse 103.

Handelslehranstalt

R. Gollasch, Halle a. S., Riemeyerstraße 6, dicht am Königsplatz.
Vollständige Vorbereitung für das Comptoir. Einzel-Curse in Buchführung, Rechnen, Schönschreiben, Französisch rc. Prospecte franco.

M. Blumenthal,

vorm. **S. W. Brandes,**

Bank-Geschäft,

Gegründet 1782,

Berlin C., Post- u. Königstr.-Ecke,

vermittelt Cassa-, Zeit- u. Prämiengeschäfte zu den coulantesten Bedingungen.

Kostenfreie Controlle verloosbarer Effecten.

Kostenfreie Coupons-Einlösung.

Auf Wunsch bin ich bereit, tägliche resp. wöchentliche, ausführliche Börsenberichte gratis und franco zu versenden.

Geschäfts-Verlegung.

Einem geehrten Publikum von Halle und Umgegend die höfliche Mittheilung, daß ich unterm heutigen Tage mein

Colonial-, Materialwaaren-, Spirituosen-, Tabak- und Cigarren-Geschäft

von Ackerstraße 1 nach

Reilstraße 1,

Ecke der Triftstraße,

verlegt habe. Indem ich ersuche, das mir bisher geschenkte Vertrauen auch auf mein neues Lokal gütigst übertragen zu wollen, zeichne

Halle a. S., den 6. April 1891. Hochachtungsvoll

F. A. Uhlitzsch.

Am 10. April a. c. eröffne ich

Alter Markt 22

ein Woll-, Posamenten- und Weisswaaren-Geschäft und bitte um gütige Unterstützung.

Anna Hoffmann,

früher 7 Jahre bei der Firma Gustav Barth hier.

Tanz-Unterricht.

Mein **I. Sommerkursus** für Privatzirkel beginnt

Freitag den 10. April cr.

im Salon zum **Rosenthal.** Gefällige Anmeldungen erbittet **Ad. Fröbe, Tanzlehrer,** Dreyhaupstr. 2, III., neuer Marktplatz.

Der vorgerückten Saison wegen

verkaufen wir von heute ab

Braunschweiger Gemüse

zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Stangenspargel	2 Pfd.-Dose	**1.00.**	1.65.	2.30.
	1 Pfd.-Dose	**0.60.**	0.95.	1.15.
Schnittspargel	2 Pfd.-Dose	70.	1.00.	1.10. 1.40.
	1 Pfd.-Dose	40.	60.	65. 75.
Junge Schoten	2 Pfd.-Dose	70.	80.	1.10. 1.50.
	1 Pfd.-Dose	40.	50.	60. 80.
Junge Schnittbohnen	2 Pfd.-Dose	**35.**	40.	50.
	4 Pfd.-Dose		70.	80.

Die Preise für alle übrigen Gemüse-Conserven sind ebenfalls entsprechend ermäßigt.

Gleim & Windmüller,

Special-Conservenhandlung,

Leipzigerstraße 95|96. — Fernsprecher 534.

Ein Transport hochtragende Kühe und Kalben, sowie neumilchende Kühe mit den Kälbern eingetroffen.

Otto Heilmann,

Merseburg.

Breitestraße 19. Breitestraße 19.

Echt Chinesische Tuschen.

Detail-Verkauf

von

Reisszeugen, sämmtlichen **Zeichen- und Malutensilien.**
Malleinwand, Pinsel, Oel und **Aquarellfarben, Malvorlagen.**

Flüssige Tuschen, Bronceu.

Friedr. Nietzschmann Söhne.

Breitestraße 19. Breitestraße 19.

Schön, gut und billig!

sind drei Eigenschaften, welche gewiß jedem Käufer angenehm sind, wenn er dieselben beisammen findet. Durch unsern Grundsatz: **billige und reelle Bedienung bei streng festen Preisen** einen raschen und großen Umsatz zu erzielen, sind wir in der Lage, obige drei Eigenschaften unsern verehrten Abnehmern vereint zu bieten.

Unsere Lager sind jetzt in allen Abtheilungen vollständig komplet und bieten wir in Bezug auf Auswahl, elegante Facons, wie Reichhaltigkeit der Stoffe, sowie auch hinsichtlich der Billigkeit, das größte, was man nur von einem Etablissement ersten Ranges beanspruchen kann.

Die Besichtigung

unserer **Neuheiten** ist empfehlenswerth.

Nachstehend geben wir einen kleinen Auszug unserer

Preis-Liste:

Buckskin-Anzüge	von	10—18	Mk. an
Saison-Anzüge in allen Modefarben	„	12—30	„ „
Facon-Anzüge, das Neueste der Saison	„	15—24	„ „
Hochelegante Anzüge in engl. und franz. Stoffen	„	18—28	„ „
Gehrock-Anzüge, feinste Kammgarne	„	22—36	„ „
Frühjahrs-Paletots, neueste Dessins	„	9—17	„ „
Nouveautés-Paletots, hochfeine Ausführung	„	12—25	„ „
Havelocks, feinste englische Stoffe	„	16—28	„ „
Schwalloffs, in allen Modefarben	„	14—25	„ „
Buckskin-Jackets in allen Facons	„	5—10	„ „
Buckskin-Hosen, Wadenschnitt, elegant sitzend	„	2½—6	„ „
Buckskin-Hosen und Westen, neueste Dessins	„	7—12	„ „
Jünglings-Anzüge, neueste Dessins	„	7—12	„ „
Jünglings-Paletots, Nouveautés	„	8—14	„ „
Buckskin-Knaben-Anzüge für jedes Alter, in Matrosen-, Blouse- und Jacket-Facons	„	3—7	„ „
Trikot-Anzüge, uni und gestreifte Dessins	„	4—8	„ „
Knaben-Paletots in großer Auswahl	„	4—9	„ „
Arbeits-Anzüge, engl. Leder, Cassinet und Zwirn	„	5—8	„ „
Prima Hamburger Lederhosen in allen Farben	„	4—8	„ „
Gute Arbeitshosen	„	1¼	„ „
Seidene und Piqué-Westen	„	2½—7	„ „

Flicklappen werden gratis verabfolgt.

Grundprinzip der Concurrenz-Gesellschaft:

1) Wegen Ersparung theurer Ladenmiethe außergewöhnlich billige Preise.
2) Größte Auswahl, neueste Mode, in allen Größen und Weiten.
3) Durch Leitung bewährter Zuschneider alle Facons und schöner Schnitt.
4) Großer Umsatz mit dem kleinsten Nutzen.

Einzel-Verkauf zu wirklichen Fabrik-Preisen.

Bei der Neuorganisation haben wir strenge Reellität uns zur besonderen Aufgabe gemacht und um das geehrte Publikum vor Uebervortheilung zu wahren, ist auf jedem Stück Waare der billigste Verkaufspreis in deutlich erkennbaren **rothen Zahlen** und **Druckschrift** verzeichnet, und kann ein Abzug, in welcher Form derselbe auch verlangt werden sollte, nicht stattfinden.

Hallesche Concurrenz-Gesellschaft

in Firma: Mayer & Co., Halle.

5 Leipz. Str. 5, eine Treppe hoch **5 Leipz. Str. 5.**

Auch Sonntags geöffnet.

Wir bitten genau auf Firma und Hausnummer zu achten.

Transportable Feldeisenbahnen,

Anschlußgeleise,

Weichen, Lowries, Eisenbahn- u. Grubenschienen, Stahl- u. Holzschwellen

liefert sachgemäß und billigst

Albert Scheller, Halle a/S.,

Delitzscherstraße.

Auskunftsbureau für Arbeiterversicherung

Großer Berlin 5.

Lokomobile,

16 qm Heizfläche, 8—10 Pferdekräfte, zu **Kiessling & Spengler's Konkurs** in **Falkenau** bei Chemnitz gehörig, soll

Freitag den 10. April d. J. Nachmittags ½3 Uhr

an Ort und Stelle in **Falkenau** versteigert werden.

Chemnitz, am 6. April 1891.

Rechtsanwalt Dr. Gühne.

L. Schreiber, Civil-Ingenieur, **Halle a. S.,** liefert: **Stahlbahnen, Kippwagen** nebst Zubehör

für **Bergbau, Ziegeleien, Steinbrüche, Bauunternehmer** u. sonstige Industrie. Gr. Lager, billigste Preise.

Fabrik vulk. Kautschukstempel
gr. Schlamm 4.
Alfred Plautsch, Halle a/S.

Sopha aufpolstern 6 Mk., Matratzen 3 Mark, Tapezieren billig

Bärgasse 9.

Pianos, Harmoniums

zu Fabrikpreisen, Theilz., 15jähr. Garantie. Frco.-Probesendung bewilligt. Preisliste und Zeugnisse stehen zu Diensten. **Pianofabrik Georg Hoffmann,** Kommandantenstr. 20. **Berlin SW. 19.**

Kegelspiele, Pockholzkugeln

empfiehlt in großer Auswahl

Herm. Taube,

Drechslermeister, Kl. Sandberg 3.

Neue Möbel,

Sophas, Sekretäre, Vertikos, Kommoden, Schränke, Bettstellen u. **Matr., Tische, Stühle, Spiegel** in allen Holzarten verkauft zu sehr billigen Preisen

8 Große Klausstraße 8.

Größtes Lager von

Böhmischen Bettfedern

in nur staubfreier Waare

à Pfd. 0.85, 1.25, 1.50, 1.75, 2.00, 2.50, 3.00, 3.50.

Fertige Betten

mit guten Federn reichlich gefüllt,

Leute-Betten,

Ober-, Unterbett und 2 Kissen: 19.00, 21.00 u. 24.00.

Herrschaftliche Betten

von gutem Satin, roth u. gestreift: 30, 40, 50 bis 100 Mk.

Fertige Inletts

zu billigen Preisen vorräthig.

Fertige Bezüge mit 2 Kissen 4.50, 5.00, 6.00, 7.00.

Fertige Betttücher, 3 Berl. Ellen lang, 1.75, 2.00, 2.50, 3.00, 3.50.

Bettdecken weiß u. roth: 1.75, 2.00, 2.50, 3.00, 4.00.

Strohsäcke, Stück von 1.65 M an

Strohkissen, „ „ 0.55 „ „

Als Gelegenheits-Kauf empfehle einen größeren Posten **fertige Wäsche,** welcher im Schaufenster unsauber geworden ist, zu **außergewöhnlich billigen Preisen.**

Adolf Sternfeld,

Halle a/S., Gr. Ulrichstr. 3, Leinen- u. Baumw.-Waarenhdlg., **Magazin** für compl. **Wäsche-Ausstattungen.**

Marquisen-Drelle

in grau und gestreift in allen Breiten empfiehlt

H. C. Weddy-Poenicke.

Für den Inseratentheil verantwortlich: W. König in Halle.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18910409010/fragment/page=0004